

Antrag

A3NEU4.2 BDKJ gegen rechts – Aus christlicher Überzeugung gegen Faschismus und für Demokratie!

Antragsteller*in: KjG
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Situationsbeschreibung

2 Extrem rechte und populistische Positionen und Handlungen kennzeichnet ihr Hass
3 auf bestimmte Personengruppen und deren bewusste Ungleichbehandlung. Zu den
4 betroffenen Gruppen gehören beispielsweise (aber nicht ausschließlich) Menschen
5 mit internationaler Familiengeschichte, Frauen, queere Menschen, jüdische
6 Menschen und Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Rechte
7 Akteur*innen aus besonders christlich geprägten Kulturräumen sind zudem häufig
8 feindlich gegenüber Muslim*innen eingestellt.

9 Bedrohlich ist zudem, dass die extreme Rechte gezielt versucht, demokratische
10 Strukturen und Institutionen zu zerstören. Eine Strategie der neuen Rechten ist
11 Positionen in Legislative, Exekutive und Judikative gezielt zu besetzen und
12 dadurch extrem rechte und populistische Ideologien zu verbreiten. Dies schwächt
13 fortlaufend unsere demokratischen Institutionen von innen. Dies beinhaltet unter
14 anderem vermeintlich harmlose Demonstrationen, ebenso wie die Lähmung
15 parlamentarischer Arbeit oder die Ablehnung des Rechtsstaates. **Sie** zeigt sich am
16 deutlichsten in der Planung gewaltvoller Umstürze mit Anschlägen auf gewählte
17 Vertretungen und marginalisierte Gruppen.

18 Besorgniserregend ist, dass diese Strategien Wirkung entfalten und sich im
19 Erstarren faschistischer Kräfte in Europa und weltweit zeigen.
20 Menschenfeindliche Positionen werden gesellschaftsfähiger..

21 Positionierung

22 Als christliche Jugendverbände stellen wir uns konsequent gegen extrem rechte
23 und populistische Positionen und Handlungen und setzen uns für eine vielfältige
24 und demokratische Gesellschaft ein. Die Unterstützung von demokratischen
25 Verfahren wie die Beteiligung an Wahlen ist für uns selbstverständlich.

26 Wir lehnen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ab und fördern in
27 unserer Arbeit explizit marginalisierte Gruppen. Wir positionieren uns klar
28 gegen Demokratiefeindlichkeit und Autoritarismus und bekennen uns zur Wahrung
29 der Menschenrechte weltweit.

30 Wir verstehen uns als antifaschistisch: Wir stehen für eine demokratische,
31 gleichberechtigte und solidarische Gesellschaft und Kirche ein und wenden uns
32 gegen jede Art der Ausgrenzung und Unterdrückung von Menschen. Diese
33 Grundhaltung geht einher mit unserem christlichen Glauben, aus dem heraus wir

34 alle Menschen als Gottes Ebenbilder betrachten, sowie mit unserer demokratischen
35 Grundüberzeugung, die die gleichberechtigte Teilhabe aller sowie die
36 unveräußerliche Würde des Menschen beinhaltet.

37 Zu dieser antifaschistischen Grundhaltung hat sich die Hauptversammlung 2022
38 innerhalb des Grundsatzprogramms des BDKJ bekannt.

39 **Konsequenzen für die Arbeit des BDKJ**

40 • **Position beziehen**

41 Wir beobachten rechte Vorfälle deutschland- und weltweit. Wir beziehen
42 öffentlich klar Position gegen derartige Vorfälle, solidarisieren uns mit
43 den Betroffenen und setzen uns nachdrücklich für Aufklärung und
44 Aufarbeitung ein. Wir nutzen unsere Kontakte, um auf die eindeutige
45 Abgrenzung von rechten Akteur*innen, **insbesondere auch in den kirchlichen**
46 **Strukturen**, hinzuwirken. Hierzu haben wir bereits Beschlüsse gefasst, die
47 wir an dieser Stelle noch einmal bekräftigen.[\[1\]](#)

48 • **Bildungsarbeit**

49 Die BDKJ Bundesebene gestaltet ein Bildungsangebot für die Jugend- und
50 Mitgliedsverbände mit der Zielrichtung der praktischen Umsetzung dieser
51 antifaschistischen Grundhaltung.

52 • **Vernetzung**

53 Um das Thema Antifaschismus in allen Jugend- und Mitgliedverbänden weiter
54 auszugestalten, schafft die BDKJ Bundesebene ein Vernetzungsangebot, bei
55 dem good practice Beispiele vorgestellt und durch die Expertise der
56 anderen erweitert werden kann. Zudem vernetzt sich der BDKJ Vorstand mit
57 anderen antifaschistischen Organisationen und Gruppierungen, um eine
58 größere Schlagkraft zu entwickeln. Innerhalb dieser unterstützen wir
59 Projekte, die unsere demokratische Gesellschaft unterstützen, z.B. die
60 U18/ U16-Wahlen des DBJR.

61 • **Wir wählen! NICHT die AfD**

62 Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei einflussreich in der Politik
63 vertreten. Für uns ist die Wahl oder Unterstützung dieser Partei nicht
64 vereinbar mit unserer antifaschistischen Grundüberzeugung als katholische
65 Jugendverbandler*innen. Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Partei
66 wie der AfD sowie in ihr nahestehenden oder anderen rechtsextremen
67 Organisationen ist mit der Mitgliedschaft in unseren Verbänden
68 unvereinbar.

69 **Forderungen an die Politik**

70 Um unsere pluralistische und freiheitlich-demokratische Gesellschaft zu schützen
71 und gegen Angriffe von rechts zu verteidigen, fordern wir von der Politik:

72 • **keine Finanzierung extrem rechter Parteien und Stiftungen**

73 Parteien und Stiftungen, die diskriminierende und demokratiefeindliche
74 Grundüberzeugungen vertreten, dürfen nicht mit staatlichen Mitteln
75 unterstützt werden. Das im Grundgesetz verankerte Prinzip der wehrhaften
76 Demokratie muss umfassend genutzt werden, um unsere Demokratie gegen ihre

77 Feind*innen zu schützen. Wir fordern die demokratischen Parteien auf, sich
78 dafür einzusetzen, die staatlichen Zuwendungen an extrem rechte Parteien
79 und Stiftungen zu begrenzen und einzustellen. Deshalb begrüßen wir das
80 entsprechende Gesetz, das die Förderung von politischen Stiftungen an die
81 Verfassungstreue knüpft.

82 • **umfassende Aufarbeitung von strukturellem Rassismus und Polizeigewalt**

83 In mehreren wissenschaftlichen Arbeiten konnte nachgewiesen werden, dass
84 in staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen struktureller
85 Rassismus existiert. Dieser führt zu alltäglicher Diskriminierung, zum
86 Beispiel von migrantisch gelesenen Menschen. Aus diesem Grund kommt es
87 immer wieder auch zu gewaltsamen Übergriffen durch Polizist*innen. Wir
88 solidarisieren uns mit den Betroffenen von strukturellem Rassismus und
89 Polizeigewalt. Wir fordern eine umfassende Aufarbeitung dieser Strukturen
90 und Vorfälle.

91 • **konsequente Verfolgung rechter Übergriffe und Gewalttaten**

92 Mit großer Sorge nehmen wir die steigenden Zahlen extrem rechter
93 Übergriffe und Gewalttaten wahr. Ihnen liegen unterschiedliche
94 Motivationen zugrunde (Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
95 Antifeminismus etc.). Die Vorfälle haben jedoch eine Gemeinsamkeit: Sie
96 treffen Minderheiten, die wir als Gesellschaft besser schützen müssen. Wir
97 fordern daher, diese Übergriffe und Gewalttaten, auch im Internet,
98 konsequent zu verfolgen und ihnen präventiv entgegenzuwirken. Dazu gehört
99 auch, sie nicht als Einzelfälle abzutun.

100 • **Verstetigung der Finanzierung von Projekten zur Demokratieförderung**

101 Es gibt viele gute zivilgesellschaftliche Projekte zur
102 Demokratieförderung. Häufig stehen diese jedoch auf einer prekären
103 finanziellen Grundlage und bekommen lediglich zeitlich befristete
104 Projektfinanzierungen. Wir fordern, die Finanzierung dieser Projekte auf
105 eine solide und langfristige Basis zu stellen. Dafür muss das von der
106 Bundesregierung geplante Demokratiefördergesetz zügig beschlossen und
107 umgesetzt werden. Auf eine „Extremismusklausel“, die die Projekte unter
108 Generalverdacht stellt, muss dabei verzichtet werden.

109 • **Zurückdrängen extrem rechter und populistischer Positionen**

110 Extrem rechte und populistische Positionen verbreiten sich zunehmend in
111 der politischen Debatte. Beispiele dafür sind die Auseinandersetzung um
112 die europäische Abschottungspolitik gegen Migrant*innen oder Angriffe auf
113 queere Lebenswelten. Wir fordern alle politischen Parteien auf, sich aktiv
114 dafür einzusetzen, extreme und populistische Positionen aus ihren eigenen
115 Strukturen und aus der Politik insgesamt zurückzudrängen.

116 • **Ende der Kriminalisierung von gewaltfrei agierenden Antifaschist*innen**

117 Wir nehmen war, dass die Repressionen gegenüber gewaltfreiem,
118 antifaschistischem Aktivismus durch staatliche Institutionen deutlich
119 zunehmen. Dies trägt maßgeblich dazu bei, dass Menschen durch
120 Einschüchterung daran gehindert werden, ihre antifaschistische
121 Grundhaltung klar zu benennen und aktiv zu werden. Wir fordern ein Ende

122 von Repressionen gegenüber gewaltfrei agierenden Aktivist*innen und
123 gegenüber deren Vernetzung. Es muss gefahrlose Möglichkeiten geben,
124 weiterhin unsere Demokratie durch zivilgesellschaftliches Engagement zu
125 schützen.

126 **Forderungen an die katholische Kirche**

127 Als katholischer Jugendverband fordern wir von der katholischen Kirche:

128 • **Reform und Aufarbeitung**

129 Die Strukturen der katholischen Kirche weisen zahlreiche diskriminierende
130 Bestandteile auf, insbesondere im Hinblick auf Frauen- und
131 Queerfeindlichkeit, aber auch im Hinblick auf strukturellen Rassismus,
132 Antisemitismus und Antijudaismus. Wir fordern die Verantwortlichen in der
133 Kirche auf, gegen diese Strukturen vorzugehen und sie zu reformieren.
134 Darüber hinaus muss bereits geschehenes Unrecht, auch aus dem Kontext der
135 kolonialistischen Missionsarbeit, aufgearbeitet werden.

136 • **Stellung beziehen als moralische Instanz**

137 Die katholische Kirche hat als moralische Instanz einen großen Einfluss
138 auf ihre Mitglieder und in die Gesellschaft und Politik hinein. Wir
139 fordern die Verantwortlichen in der Kirche auf, aus der christlichen
140 Überzeugung heraus immer wieder klar Stellung gegen die extreme Rechte zu
141 beziehen.

142 • **Distanzierung von Demonstrationen und Veranstaltungen, bei denen extrem rechte Aktivist*innen involviert sind**

144 Immer wieder nutzen extrem rechte Aktivist*innen Demonstrationen und
145 Veranstaltungen, um in weiteren gesellschaftlichen Kreisen anschlussfähig
146 zu werden. Dies geschieht auch bei religiös motivierten Veranstaltungen,
147 wie z.B. dem sogenannten „Marsch fürs Leben“. Wir fordern von den
148 Verantwortlichen in der Kirche, sich klar von Demonstrationen und
149 Veranstaltungen zu distanzieren, bei denen extrem rechte Aktivist*innen
150 beteiligt sind oder ohne Widerstand der Organisator*innen teilnehmen
151 können. Hier gilt es deutlich zu machen, dass der christliche Glaube nicht
152 für die Verbreitung rechter Ideologie missbraucht werden darf.

153 • **Verbindungen zwischen fundamentalistischen Christ*innen und der extremen Rechten benennen und bekämpfen**

155 In ihrem Kampf gegen unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft
156 und gegen liberale Christ*innen bilden fundamentalistische Christ*innen
157 und Akteur*innen der extremen Rechten häufig enge Allianzen. Einige
158 Akteur*innen sind Teil beider Milieus. Wir fordern von den
159 Verantwortlichen in der Kirche, diese Problematik, neben Problemen mit
160 fundamentalistischen Christ*innen an sich, klar zu benennen, sich von den
161 beteiligten Akteur*innen zu distanzieren und sie nach Möglichkeit aus den
162 kirchlichen Strukturen auszuschließen.

163 Wir setzen uns nachdrücklich ein für eine Gesellschaft und für eine Kirche frei
164 von Diskriminierung. Wir kämpfen gegen rechte Ideologien und Handlungen. Wir
165 sind antifaschistisch.

166 [\[1\]"Wir widersprechen, weil wir glauben!"](#) - Beschluss der BDKJ-
167 Hauptversammlungen 2016 und 2020

Begründung

Extreme und populistische rechte Positionen und Haltungen haben in den letzten Jahren gesellschaftlich an Einfluss gewonnen. Die Aggressivität und Selbstverständlichkeit, mit der sie geäußert und verbreitet werden, hat stark zugenommen. Immer wieder folgen aus den Einstellungen auch Gewalttaten.

Die Hauptversammlung 2022 hat entschieden, Antifaschismus in ihr Grundsatzprogramm aufzunehmen. Die grundlegende Haltung und daraus folgende Konsequenzen, innerverbandlich und in der Lobbyarbeit, sollen mit diesem Antrag festgeschrieben werden.